

WALL STREET CRASH!

Black Thursday in America

Stocks Plunge and Eleven Commit Suicide



Protesting for voters' rights around the statue of George Washington on Wall Street.

Four million of the New York Stock Exchange were the assembly. Crowds were charged from 10:30 to 11:00.

Most a sales for the week's trading started yesterday in heavy atmosphere of gloom and panic. Leaders headed the market with orders from their accounts to sell at any price.

In the chaotic market which kept the market leader down steadily on the rest of the day, the market fell to its lowest point since the crash of 1929. The value of stocks was estimated at \$100,000,000,000, a fall of \$100,000,000,000 from the previous day.

There was a heavy fall in the price of stocks. The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

What Went Wrong?

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

Finanzkrise gefährdet Amerikas Wirtschaft

US-Minister Paulson: Weniger Wachstum, aber keine Rezession 2000 Milliarden Dollar an den Börsen vernichtet

In the chaotic market which kept the market leader down steadily on the rest of the day, the market fell to its lowest point since the crash of 1929. The value of stocks was estimated at \$100,000,000,000, a fall of \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.



Protesting for voters' rights around the statue of George Washington on Wall Street.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

The market was estimated to have fallen \$100,000,000,000 from the previous day.

copyright 1929 and 2007 by capitalism

GRÜNE MARKTWIRTSCHAFT? ÖKO-KAPITALISMUS!



Ein Positions- und Diskussionspapier

GRÜNE MARKTWIRTSCHAFT? ÖKO-KAPITALISMUS!

Ein Positions- und Diskussionspapier

(Herbst 2007)

1. Der Weg zur „Grünen Marktwirtschaft“ (Seite 1)
 2. Was ist der „Ordoliberalismus“? (Seite 3)
 3. Ordnungspolitik ist nur einer der fünf Grundsätze grüner
Wirtschaftspolitik (Seite 5)
 4. Was ist „Öko-Kapitalismus“? (Seite 7)
 5. Die Grenzen der Kapitalisierung von Mensch, Kultur und Natur (Seite 8)
 6. Perspektiven grüner Wirtschaftspolitik (Seite 10)
 7. Drei strategische Aspekte einer zielorientierten und zukunftsweisenden
Grünen Wirtschaftspolitik (Seite 13)
- ErstunterzeichnerInnen (Seite 18)
- UnterstützerInnen (Seite 18)

1. Der Weg zur „Grünen Marktwirtschaft“

„Dabei ist uns bewusst, dass ein so breit angelegter Text nie vollständig sein kann und dass die Debatte um ‚Grüne Marktwirtschaft‘ mit der Verabschiedung des Papiers in der Fraktion keineswegs zu Ende ist. Im Vorfeld der BDK sind wir alle aufgefordert, diese Diskussion weiter voran zu treiben.“¹

Die hier in Frage stehende Debatte um „Grüne Marktwirtschaft“ nahm ihren Ausgang im November 2006 in der Bundestagsfraktion mit einem AutorInnenpapier², das in der Folge einen innerparteilichen Diskussionsprozess anstieß³ und nach zwei umfangreichen Kritikpapieren⁴ Anfang Juli 2007 in der Bundestagsfraktion vorerst zur Verabschiedung des Papiers „Grüne Marktwirtschaft“⁵ führte. Bis zur ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg im November ist hiermit eine Debatte eröffnet, die 2007 zu einem Schlüsseljahr für die wirtschaftspolitische Grundausrichtung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN macht.

Doch jenseits des Labels „Grüne Marktwirtschaft“ wurden in den letzten Wochen und Monaten aus der Parteiführung heraus öffentlich Positionierungen vorangetrieben, die die programmatischen, wirtschaftstheoretischen und philosophischen Grundlagen der Partei im Sinne einer Neuausrichtung unmittelbar berühren. Dies betrifft sowohl Bekenntnisse vom Vorsitzenden der Heinrich-Böll-Stiftung Ralf Fücks⁶ zum sogenannten „Öko-Kapitalismus“, als auch vom Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Fritz Kuhn⁷, vom Parteivorsitzenden Reinhard Bütikofer⁸ und vom finanzpolitischen Sprecher im Baden-Württembergischen Landtag Oswald Metzger⁹ zum sogenannten „Ordoliberalismus“ eines Walter Eucken.

Auch wir halten eine stärkere wirtschaftspolitische Profilierung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und konzeptionelle Entwürfe einer Transformation der sozialen Marktwirtschaft in eine sozial-ökologische Wirtschaftsform für notwendig und begrüßen diese Diskussion ausdrücklich. Dennoch halten wir sowohl die bisherige Debattenführung als auch die teilweise Orientierung an Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen, die aus der aktuellen anglo-amerikanischen Diskussion („Öko-Kapitalismus“) oder aus vergangenen Diskussionen über die wirtschaftsliberal-konservative Grundlegung unseres Wirtschaftssystems stammen („Ordoliberalismus“), für eine Programm- und Wertepartei wie die unsere, die als solche eine besondere Rolle im bundesdeutschen Parteienspektrum spielt, für kontraproduktiv und höchst

¹ Winfried Hermann / Bärbel Höhn / Thilo Hoppe / Markus Kurth / Jürgen Trittin, **Brief an die Partei** vom 10. 07.2007.

² Fritz Kuhn / Biggi Bender / Matthias Berninger / Thea Dücker / Anja Hajduk / Brigitte Pothmer / Christine Scheel / Gerhard Schick / Margareta Wolf, **Mehr-Wert. Grüne Marktwirtschaft**, 11/2006 (<http://www.robertzion.de/downloads/Mehr-Wert.pdf>).

³ Vgl.: **Papierschlacht bei den Grünen**, taz, 14.04.2007.

⁴ Vgl.: Werner Hager / Rüdiger Sagel / Robert Zion / Hubertus Zdebel / Jürgen Klippert, **Grüne Wirtschaftsdemokratie statt der „unsichtbaren Hand des Marktes“**, Frühjahr 2007 (http://www.robertzion.de/downloads/Wirtschaftsdemokratie_Langfassung.pdf) und: Winfried Hermann / Bärbel Höhn / Thilo Hoppe / Jens Kendzia / Markus Kurth / Jürgen Trittin / Barbara Unmüßig, **Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt**, Frühjahr 2007 (http://www.winnehermann.de/bundestag/papiere/070412_Mehr_als_Markt_lang.pdf).

⁵ Fritz Kuhn / Kerstin Andreae / Biggi Bender / Thea Dücker / Anja Hajduk / Priska Hinz / Brigitte Pothmer / Krista Sager / Christine Scheel / Gerhard Schick / Margareta Wolf, **Grüne Marktwirtschaft**, 03.07.2007 (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/189/189583.pdf>).

⁶ Vgl.: Ralf Fücks, **Die Zukunft des Kapitalismus. Zur Vereinbarkeit von Kapitalismus, Demokratie und Ökologie**, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, 3/2006.

⁷ Vgl.: Fritz Kuhn, **Kuhn kritisiert Glos als "Chefbremser"**, in: Handelsblatt Nr. 127 vom 05.07.07.

⁸ Vgl.: Reinhard Bütikofer, **"Der Zeitgeist steht auf unserer Seite"**, in: Die Welt vom 10.08.2007.

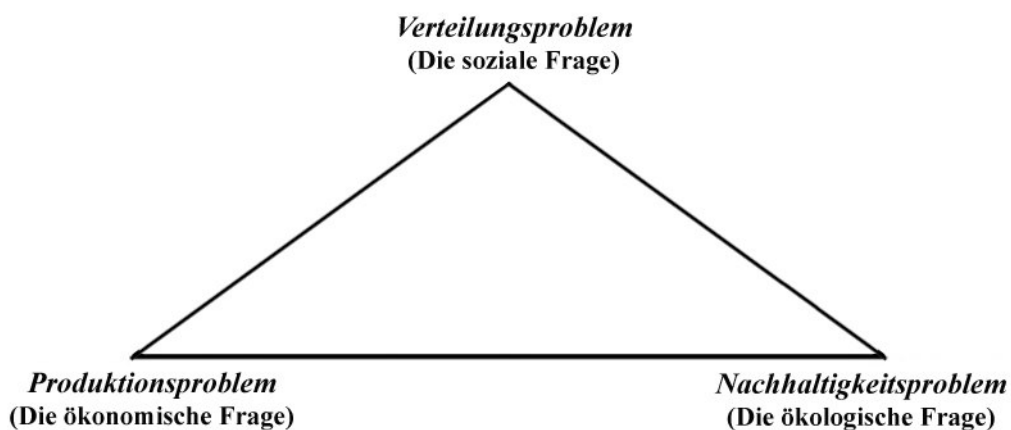
⁹ Vgl.: **Metzgers letztes Gefecht**, in: Spiegel-online vom 18.10.2007 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,512198,00.html>).

problematisch.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht es mit der wirtschaftspolitischen Grundsatzdebatte heute tatsächlich um nicht weniger als um eine in sich konsistente Formulierung eines Transformationsprozesses unserer Wirtschaftsgesellschaft im 21. Jahrhundert: zu den beiden bisherigen ökonomischen Zentralproblemen, dem *Produktionsproblem* und dem *Verteilungsproblem*, gesellt sich ein drittes, das *Nachhaltigkeitsproblem*, das mit den bekannten Fakten zum globalen Umwelt-, Ressourcen- und Naturverbrauch und zum Klimawandel zur Überlebensfrage für unsere auf ihre natürlichen Grundlagen angewiesenen Gesellschaften geworden ist.

So ist das 20. Jahrhundert nicht nur eines der Ideologien und der Blockkonfrontation und damit der heißen und kalten Kriege, sondern auch eines der Naturzerstörung und –Ausbeutung im noch nie da gewesenen Ausmaß gewesen. Während der real existierende Sozialismus am *Produktionsproblem* scheiterte und der real existierende Kapitalismus nach wie vor keine Lösung für das *Verteilungsproblem* bietet, haben beide Systeme angesichts des *Nachhaltigkeitsproblems* versagt. So nennt etwa der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank Nicholas Stern den globalen Klimawandel eine „Folge des größten Marktversagens, welches die Völkergemeinschaft je in Kauf genommen hat.“¹ Daher kann das 21. Jahrhundert nur eines des *Endes der Ideologien* sein, in dem national wie international eine Ankoppelung der ökonomischen an die soziale und ökologische Frage gefunden werden muss:

Drei Grundfragen einer sozial-ökologischen Wirtschaftsform für das 21. Jahrhundert



In der Beantwortung dieser drei Grundfragen ist es Selbstverpflichtung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, darauf hin zu arbeiten, die Lebenschancen aller Menschen unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit des Globus auf möglichst hohem Niveau anzugleichen.

Auf der Basis unserer vier Säulen – ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei – gilt es also Grundprinzipien einer Wirtschaft zu formulieren, bei der es nicht hinreicht, den bisherigen Ideologien einfach nur das Prinzip der Nachhaltigkeit zur Seite zu stellen („Öko-Sozialismus“, „Öko-Kapitalismus“), sondern die ideologiefrei zur Lösung der drei Grund-

¹ Vgl.: **Größtes Marktversagen aller Zeiten**, in: DIE ZEIT, 02.11.2006, Nr. 45.

probleme im Zusammenhang beitragen kann.

Der Weg zur „Grünen Marktwirtschaft“ kann sich dabei unter dieser Prämisse der Verbindung der drei Grundfragen und ihrer adäquaten Beantwortung als geeignet oder ungeeignet, als Haupt- oder Übergangsweg erweisen. Jedenfalls könnte für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als moderne, emanzipatorische Linke ein Sich-Einrichten in wirtschaftspolitische Ideologien – und sei es nur aus kurzfristigen, koalitionstaktischen Erwägungen heraus – über kurz oder lang einen Substanzverlust bedeuten, der Identität und Motivation der Partei in Frage stellen würde.

Zudem befindet sich unsere Wirtschafts- und Arbeitsgesellschaft nach wie vor in einem tiefgreifenden Transformationsprozess, einem Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft, wie ihn Alain Touraine 1969 in *Die postindustrielle Gesellschaft* erstmals beschrieben hat:

„Das Wachstum ist mehr das Ergebnis einer Gesamtheit von gesellschaftlichen Faktoren als das der bloßen Akkumulation von Kapital. Die neueste Entwicklung zeigt, dass es weit unmittelbarer als vorher vom Wissen abhängt, also von der Fähigkeit der Gesellschaft, Kreativität zu schaffen. Ob es nun um die Rolle der wissenschaftlichen und technischen Forschung geht, um die Berufsausbildung, um die Fähigkeit, den Wandel zu programmieren und die Beziehungen ihrer Elemente zu kontrollieren, Organisationen, also Systeme gesellschaftlicher Beziehungen zu verwalten oder Verhaltensweisen zu verbreiten, die der Ingangsetzung der ständigen Verwandlung aller Produktionsfaktoren förderlich sind -, alle Bereiche des sozialen Lebens, der Erziehung, des Konsums, der Information fallen mehr und mehr unter das, was man früher die Produktivkräfte nennen konnte.“¹

So verstehen wir dieses Positionspapier als Diskussionsbeitrag zur Formulierung eines eigenständigen grünen wirtschaftspolitischen *Neuen Weges*, da der bisherige *Dritte Weg* zwischen dem zusammengebrochen realsozialistischen und dem an der Verteilungs- und Nachhaltigkeitsfrage gescheiterten realkapitalistischen als hinfällig betrachtet werden muss und auch auf die Frage nach den Arbeits- und Produktionsweisen einer wissensbasierten Ökonomie keine adäquaten Antworten mehr bietet. Wir benennen diesen *Neuen Weg* mit dem vorläufigen Arbeitstitel: **Grüne Transformations- und Kreislaufwirtschaft**.² Dabei werden wir zunächst die prinzipielle Ungeeignetheit des „Ordoliberalismus“ und des „Öko-Kapitalismus“ für die Lösung der oben genannten drei Grundfragen und Zentralprobleme im Zusammenhang mit den Erfordernissen einer Wissensgesellschaft nachweisen.

2. Was ist der „Ordoliberalismus“?

„Der ‚Natur‘ der man nur befehlen kann, indem man ihr gehorcht.“³

Es waren deutsche ÖkonomInnen, die die theoretische Grundlegung des sogenannten „Ordoliberalismus“, dessen Begriff erstmals 1937⁴ erwähnt wird, in den 30er und 40er Jahren des 20.

¹ Alain Touraine, **Die postindustrielle Gesellschaft**, Frankfurt/M 1972, S. 9f.

² Wir verstehen den Begriff „Grüne Transformations- und Kreislaufwirtschaft“ nicht als politischen Begriff, sondern zunächst als beschreibenden und analytischen Begriff in der wirtschaftspolitischen Debatte der Partei.

³ Baruch De Spinoza, **Ethik** (1677), zit. n.: Alain Lipietz, **Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie**, Münster 2000, S. 32.

⁴ Vgl.: Franz Böhm / Walter Eucken / Hans Großmann-Doerth (Hrsg.), **Ordnung der Wirtschaft**, Heft 1, Stuttgart/Berlin 1937.

Jahrhunderts entwickelten. Ebenso wie der etwa zur gleichen Zeit entstandene „Keynesianismus“ kann der „Ordoliberalismus“ als theoretische Reaktion auf den Zusammenbruch des bisher vorherrschenden, ungezügelter Laissez-Faire-Kapitalismus in den 20er und 30er Jahren des Jahrhunderts (Börsencrash, Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit) verstanden werden.¹ 1939 erschien Walter Euckens Hauptwerk *Die Grundlagen der Nationalökonomie*², in dem bereits die wesentlichen Gedanken des „Ordoliberalismus“ formuliert sind:

„Darin vertrat er die Ansicht, dass es keinen zwangsläufigen Verlauf von Konjunktoren gibt, sondern Richtung und Art der Investition vor allem von der Wirtschaftsordnung abhängen. Daraus ergibt sich für ihn, dass man Rezessionen nicht wie bei Keynes durch eine antizyklische Wirtschaftspolitik bekämpfen dürfe, sondern durch eine kluge Ordnungspolitik. Breiten Raum nimmt bei ihm die Konzeption einer Wettbewerbsordnung ein, durch die ein starker Staat mithilfe des Kartellrechts die Entstehung von Mono- und Oligopolen verhindert. Ziel ist ein vollständiger Wettbewerb.“³

Eucken ging es ebenso wie Keynes also um einen „neuen, dritten Weg“⁴ zwischen Laissez-Faire-Kapitalismus und Staatssozialismus, mit dem zyklisch auftretende Wirtschaftskrisen verhindert und ein dauerhafter konjunktureller Wachstumspfad garantiert werden sollte. Doch anders als Keynes sah Eucken die Ursachen der Krisen nicht auf der Nachfrageseite sondern auf der Angebotsseite der Wirtschaft, d. h. in einer Vermachtung durch Monopol-, Oligopol und Kartellbildungen, die einen vollständigen Wettbewerb verhindern würden und durch eine „Wettbewerbsordnung“ beseitigt werden müssten, denn, so Eucken in einem Gutachten des *Comité d'Etudes Economiques* für die französischen Besatzer im November 1946:

„Warum ist es zweckmäßig, gerade den vollständigen Wettbewerb als Ordnungsinstrument der Volkswirtschaft zu benutzen? Aus folgenden Gründen: a) Preise, die in vollständiger Konkurrenz zustande kommen, lenken den Wirtschaftsprozess (...) sinnvoll. Die Wirtschaftsrechnung ist korrekt. Die Preise bringen die Knappheitsgrade der einzelnen Güter richtig zum Ausdruck, sodaß die Ausrichtung der Produktion in den einzelnen Betrieben an den Preisen zu vernünftigen Ergebnissen führt. b) In der Wettbewerbswirtschaft kann sich der Leistungswettbewerb entwickeln. Schädigungs- und Behinderungswettbewerb (Monopolkampf) fehlt. Die private Initiative kann sich voll entfalten, aber sie wird durch den Wettbewerb kontrolliert.“⁵

Der „Ordo-Gedanke“⁶, bzw. „Ordnungspolitik“ im Sinne Walter Euckens, ist also die Herstellung einer „Wettbewerbsordnung“ durch staatliche Wettbewerbsdurchsetzung und Wettbewerbspflege, in der der „vollständige Wettbewerb“ selbst das maßgebende Ordnungsinstrument der Wirtschaft ist. So richtig und für Grüne reizvoll die Unterscheidung zwischen „Wirtschaftsordnung“ und „Ordnung der Wirtschaft“ ist, so ungeeignet scheint jedoch für die Lösung unserer drei Grundprobleme (Produktions-, Verteilungs-, Nachhaltigkeitsproblem) der eigentliche „Ordo-Gedanke“ Euckens zu sein: die politisch gewünschte Regulation der Wirtschaft nimmt nicht etwa die Ordnungspolitik wahr, sondern der ordnungspolitisch durchzusetzende Wettbewerb, mithin jene „unsichtbare Hand des Marktes“, auf deren historisches

¹ Vgl.: John Maynard Keynes, **Das Ende des Laissez-Faire**, München 1926.

² Vgl.: Walter Eucken, **Die Grundlagen der Nationalökonomie**, Berlin et. al. ¹1939 (²1941, ³1942...⁹1989).

³ Stephan Lindner, **Neoliberale Think-Tanks in Deutschland**, in: Werner Rügemer (Hrsg.), **Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft**, Bielefeld 2004, S. 49.

⁴ Walter Eucken, **Über die Gesamtrichtung der Wirtschaftspolitik** (1946), in: ders., **Ordnungspolitik**, Münster/Hamburg/London 1999, S. 17.

⁵ Ebda., S. 17f.

⁶ Walter Eucken, **Die Grundlagen der Nationalökonomie**, a. a. O., S. 239.

Versagen angesichts des Klimawandels wir mit Nicholas Stern bereits hingewiesen haben. Tatsächlich bestimmte der „Ordoliberalismus“ nach dem Zweiten Weltkrieg für kurze Zeit die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland, da Walter Eucken und auch Ludwig Erhard¹ in der Nachkriegszeit zu den wenigen ÖkonomInnen zählten, die gegenüber den Besatzungsmächten ein bereits ausgearbeitetes ökonomisches Konzept vertreten konnten. Doch bereits nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes Ende Mai 1949 verschwand der „Ordoliberalismus“ zunehmend aus der Debatte. In diesem werden zwar die Staatsform (Demokratischer und sozialer Bundesstaat, GG Art. 20) und einige als ordnungspolitisch zu bezeichnende Grundsätze (z.B. Gewährleistung und Allgemeinwohlverpflichtung des Eigentums, GG Art. 14) aber nicht die Wirtschaftsordnung – erst recht nicht im Sinne einer „Wettbewerbsordnung“ – festgeschrieben. In der Folge wurden die meisten sozialen Errungenschaften der „Sozialen Marktwirtschaft“ (steuerliche Umverteilung, wirtschaftspolitische Globalsteuerung, Mitbestimmung, Tarifautonomie, soziales Netz und Sicherungssysteme etc.) gegen die Konzepte und den Willen Erhards und der Mehrheit der Ordoliberalen der sogenannten „Freiburger Schule“ (Eucken, Röpke, Rüstow, Müller-Armack etc.) politisch und gewerkschaftlich durchgesetzt. Mit der Wiedereinführung der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg ließ sich weder die ordoliberalen Prämisse eines mächtigen, kontrollierenden Staates noch das Ideal einer vollkommen freien Marktwirtschaft mit starker Konkurrenz aufrecht erhalten.

3. Ordnungspolitik ist nur einer der fünf Grundsätze grüner Wirtschaftspolitik

„Die Natur wird nur durch Gehorsam besiegt (...)“²

Eine zu entwickelnde **Grüne Transformations- und Kreislaufwirtschaft** folgt für uns aus fünf langfristigen Grundsätzen, die sich sowohl an unseren drei Grundproblemen (Produktions-, Verteilungs-, Nachhaltigkeitsproblem) als auch an unseren gesellschaftspolitischen, emanzipatorischen Zielen orientieren.

(DEMOKRATIE und WIRTSCHAFTSORDNUNG) Zwar ist die ordoliberalen Ansicht, dass „die Wirtschaftsordnung nicht die Ordnung der Wirtschaft“ ist, nicht grundsätzlich abzulehnen, jedoch halten wir die ordoliberalen und für uns undemokratischen Vorfestlegung der Wirtschaftsordnung auf Marktwirtschaft und Kapitalismus für kontraproduktiv und falsch. Tatsächlich ist grüne Wirtschaftspolitik „mehr als nur Markt“³, treten wir dafür ein, Markt und Wettbewerb lediglich als Instrumente zu verstehen und sie dort in ihrem freien Spiel zuzulassen, wo sie sich bewähren, dort aber wo Markt und Wettbewerb nachweislich zu ökologischen, sozialen und politischen Schiefungen führen, muss eine nachhaltige Weiterentwicklung bisheriger mischwirtschaftlicher Systeme (bestehend aus privaten, öffentlichen, genossenschaftlichen und non-profit-Sektoren sowie vielfältigen Formen gesellschaftlicher Eigenarbeit) solidarisch und (basis-)demokratisch durchgesetzt werden.

(ORDNUNG DER WIRTSCHAFT) Grüne Wirtschaftspolitik beinhaltet auch eine Ordnungspolitik, die globale Rahmenbedingungen des Wirtschaftens nach demokratisch-rechtsstaatlichen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten verbindlich setzt. Aber hier gilt: diese

¹ Ludwig Erhard, der ein dem ordoliberalen sehr ähnliches angebotsorientiertes Konzept vertrat, entwickelte dieses ab März 1944 in der „Reichsgruppe Industrie“ (Vorgängerorganisation des BDI); Vgl.: Stephan Lindner, **Neoliberale Think-Tanks in Deutschland**, a. a. O., S. 50f.

² Francis Bacon, **Große Erneuerung (Instauratio magna)**, London 1605, Erstes Buch, Kap. 3.

³ Vgl.: Winfried Hermann / Bärbel Höhn / Thilo Hoppe / Jens Kendzia / Markus Kurth / Jürgen Trittin / Barbara Unmüßig, **Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt**, a. a. O.

darf sich nie nur im Sinne des „Ordoliberalismus“ auf Wettbewerbspolitik beschränken, sondern muss ebenso die bestehende mischwirtschaftliche Ordnung als Ganzes in ihren Bezügen zu ihren natürlichen Grundlagen und sozialen Auswirkungen im Blickfeld haben.

(NACHHALTIGKEIT) Zentrales Prinzip grüner Wirtschaftspolitik ist die Durchhaltbarkeit aller wirtschaftlichen Prozesse im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit. Für uns heißt dies, dieses Prinzip Schritt für Schritt sowohl in die Wirtschaftsordnung selbst als auch in die Ordnung der Wirtschaft dauerhaft zu integrieren. Langfristig muss der Grundsatz der Ökonomie der Aufklärung¹, dass der Natur nichts entnommen werden darf, was ihr nicht im Sinne einer naturgrundlagengebundenen Kreislaufwirtschaft wieder zurückgegeben werden oder was sie nicht selbst erneuern kann², zur Grundregel unseres Wirtschaftens werden. Denn eine Gesellschaft, die dauerhaft gegen ihre Naturgrundlagen handelt, ist zum Untergang verurteilt.

(GERECHTIGKEIT) Grüne Wirtschaftspolitik folgt den Prinzipien der Solidarität und Gerechtigkeit. Wir halten die von uns Grünen wesentlich mitgeprägten Begriffe von Teilhabegerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Zugangsgerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit für richtig und wichtig, betonen aber ausdrücklich, dass eine hinreichende Verteilungsgerechtigkeit in Wirtschaftssystemen, die noch wesentlich kapitalistisch-marktwirtschaftlich mitgeprägt sind, als Grundvoraussetzung neuer Gerechtigkeitsmodelle unabdingbar ist. Allerdings muss die Verteilungsfrage vor dem Hintergrund einer Transformation von der Industrie- in eine postfordistische³ Wissensgesellschaft⁴ neu gestellt und auch beantwortet werden.

Die fünf langfristigen Grundsätze grüner Wirtschaftspolitik lauten also:

¹ Mit „Ökonomie der Aufklärung“ ist die Schule der „Physiokraten“ (=Herrschaft der Natur) gemeint, die von Mitte des achtzehnten Jahrhunderts bis zur Revolution die vorherrschende ökonomische Lehrmeinung in Frankreich bildeten. Diese (Turgot, Quesnay, Mirabeau) entwickelten das erste kreislaufwirtschaftliche System („tableau économique“, 1758) und gingen davon aus, dass sich alle wirtschaftlichen Wachstumsprozesse letztlich auf natürliche Wachstumsprozesse zurückführen lassen. Vgl.: Francois Quesnay, **Ökonomische Schriften in zwei Bänden und vier Halbbänden**, (1756-1759; 1763-1767), Berlin (Ost) 1971.

² Dieses Prinzip der „Physiokraten“ hat in jüngster Zeit wieder Hermann Scheer für seine „solare Weltwirtschaft“ aufgegriffen; vgl.: Hermann Scheer, **Solare Weltwirtschaft – Strategie für die ökologische Moderne**, München 1999, S. 29ff.

³ Der *Fordismus* mit seiner Massenproduktion und -konsumtion stellte die Fabrik ins Zentrum der Industriegesellschaften. Verbunden mit dem *Taylorismus*, der wissenschaftlichen Betriebsführung, d. h. der Trennung von Hand und Kopfarbeit und der arbeitsteiligen Fließbandfertigung, erforderte der Fordismus eine bestimmte Art von Disziplinierung und (De-)Qualifizierung, die die Fabrik zum Urbild gesellschaftlicher Institutionen, wie der Schule, dem Gefängnis, der Kaserne usw. machte. Die Trennung von Arbeitszeit und Freizeit, die Regel- oder Inputsteuerung der Arbeitsprozesse, Mengenanpassungen über Massengüterproduktion und -konsumtion, eine entsprechende Lohnentwicklung (in der Höhe von Produktivitätssteigerung + Inflationsrate), für die sich die Gewerkschaften verantwortlich zeigten, sowie eine staatliche *keynesianische* Wirtschaftspolitik, die Nachfrage- und Investitionsschwächen kompensierte, sind die wesentlichen Merkmale fordistischer Gesellschaften. Mit der schrittweisen Einführung des Toyotismus, des bei Toyota entwickelten Produktionssystems, begann der Umstellungsprozess auf die lernende Fabrik. Ziel- oder Outputsteuerung, Vermeidung von Lagerhaltung und Just-in-time-Produktion im Kundentakt, ein höherer Grad der Arbeitsautonomie in Gruppen und dem entsprechend eine höhere Anforderung an die Qualifikation der ArbeiterInnen, Flexibilität statt starre Produktionsabläufe, sind her typisch. Die toyotistische Serienproduktion verbindet sich heute mit einem ungleich höheren Grad von Rationalisierung, Computerisierung, und Informatisierung. Konzeptionelle Tätigkeiten, Kommunikation und Distribution, Produktentwicklung und Marketing, treten heute im *Postfordismus* an Stelle der Massenarbeit in das Zentrum der Produktion. Fertigende Tätigkeiten werden an zuliefernde Dienstleister ausgelagert, der eigentlich produktive Kern der Belegschaften besteht nicht mehr aus dequalifizierten ArbeiterInnen, sondern aus WissensarbeiterInnen, deren Hauptarbeitsinput aus relativ autonomer Informationsverarbeitung und kultureller, kommunikativer und affektiver Kompetenz besteht.

⁴ Vgl.: Dietmar Lingemann, **Ökonomie (in) der Veränderung. Grundüberlegungen für eine neue Linke**, 4/2005 (<http://www.gruene-linke.de/themen/oekonomie/index.html>).

- **DEMOKRATIE** (*partizipativ*): Demokratie geht vor Wirtschaft und muss auf diese ausgeweitet werden.
- **WIRTSCHAFTSORDNUNG** (*offen*): Die internen Regeln der Wirtschaftsordnung selbst in ihren Mischformen müssen immer Ergebnis und nicht gesetzter Ausgangspunkt der Demokratie sein.
- **ORDNUNG DER WIRTSCHAFT** (*ordnungspolitisch*): Die äußeren demokratisch-rechtsstaatlichen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftens müssen jederzeit demokratisch transparent und beeinflussbar sein.
- **NACHHALTIGKEIT** (*durchhaltbar*): Nichts darf der Natur entnommen werden, was ihr nicht im Sinne einer naturgrundlagengebundenen Kreislaufwirtschaft wieder zurückgegeben werden oder was sie nicht selbst erneuern kann.
- **GERECHTIGKEIT** (*solidarisch*): Verteilungsgerechtigkeit bleibt nach wie vor Bedingung der Möglichkeit von Teilhabe-, Chancen-, Zugangs-, und Geschlechtergerechtigkeit.

4. Was ist „Öko-Kapitalismus“?

„Es mag sein, dass die moderne Ökonomie in eine Krise gerät, wenn beim Wirtschaftswachstum ein kritisches Minimum unterschritten wird. Es ist aber sicher, dass das Ökosystem Erde in eine schwere, wahrscheinlich existenzielle Krise gerät, wenn wir systematisch über unsere Verhältnisse leben. Es muss einen dritten Weg geben, der beides vermeidet. Den zu suchen, ist aller Mühen wert. Sonst bleibt nur Fatalismus.“¹

Das von Ralf Fücks² zur Diskussion gestellte Konzept eines „green capitalism“, „natural capitalism“ oder „Öko-Kapitalismus“ liegt mittlerweile in einer von dem amerikanischen Unternehmensberater Paul Hawken³ sehr weitreichend ausgearbeiteten Form vor, das nicht weniger sein will als „eine systemische Sicht unserer Gesellschaft und ihrer Beziehung zur Umwelt“ (S.14). Grundlage dieser Beziehung ist das Kapitalverhältnis zur Natur, welche als „natürliches Kapital in Form von Ressourcen, lebenden Systemen und Ökosystemdiensten“ (S.21) definiert wird. Hinzu kommen drei weitere Kapitalarten, die das Funktionieren der Wirtschaft gewährleisten: „menschliches Kapital“, „finanzielles Kapital“ und „hergestelltes Kapital“ (S.21). Eben auf dieser Grundlage wird der bisherige Kapitalismus scharf kritisiert:

„So wie der Kapitalismus bisher praktiziert wird, ist er eine profitorientierte, nicht nachhaltige Verirrung in der Entwicklung des Menschen. Das, was man als ‚industriellen Kapitalismus‘ bezeichnen könnte, stimmt nicht voll mit seinen eigenen Bilanzierungsprinzipien überein. Er macht sein Kapital flüssig und nennt es Einkommen. Er schreibt dem größten Vorrat an verwendetem Kapital keinerlei Wert zu: den natürlichen Ressourcen und lebenden Systemen sowie den gesellschaftlichen und kulturellen Systemen, die die Grundlage des menschlichen Kapitals bilden“ (S. 22).

Kritisiert wird also die Blindheit der herkömmlichen Kapitalverwertungslogik gegenüber ihr vorgelagerten natürlichen und gesellschaftlichen Prozessen, die lediglich für das Profitsystem ausgebeutet werden, ohne selbst einen entsprechenden Wertausdruck im System zu erhalten. Wir könnten sagen: die Natur und die Kultur schreiben den Unternehmen keine Rechnungen. Als grundlegende Alternative wird daher ein „Kapitalismus lebender Systeme“ (S. 28ff.) vor-

¹ Reinhard Loske, **Immer mehr, immer schneller, immer weiter so**, in: Freitag, 24.08.2007, Nr. 34.

² Vgl.: Ralf Fücks, **Die Zukunft des Kapitalismus. Zur Vereinbarkeit von Kapitalismus, Demokratie und Ökologie**, a. a. O.

³ Alle Zitate in diesem Kapitel im Folgenden aus: Paul Hawken / Amory Lovins / Hunter Lovins, **Öko-Kapitalismus. Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts. Wohlstand im Einklang mit der Natur**, C. Bertelsmann Verlag (ohne Ort), 2000.

geschlagen, basierend auf vier Prinzipien, „die es Ländern, Unternehmen und Gemeinden ermöglichen, sich so zu verhalten, als würden sämtliche Kapitalformen berücksichtigt“ (S.29): **RADIKALE RESSOURCENPRODUKTIVITÄT**, vor allem als Abkehr von der Verschwendung menschlicher und natürlicher Ressourcen verstanden; **BIOMIMIKRY**, d.h. die Umgestaltung der stofflichen Grundlage des Industriesystems und die Schaffung von geschlossenen Stoffkreisläufen; **SERVICE-UND-FLOW-WIRTSCHAFT**, d.h. die Abkehr von der Güter- und Konsumwirtschaft und die Hinwendung zur Dienstleistungswirtschaft, da diese dann „die Dienste des Ökosystems, von denen sie abhängig ist, besser schützen“ (S.30) kann; **INVESTITIONEN IN NATÜRLICHES KAPITAL**, d.h. die Wiederherstellung des Vorrats an natürlichem Kapital, „so dass die Biosphäre reichhaltigere Ökosystemdienste und natürliche Ressourcen produzieren kann“ (S. 31).

Der „Öko-Kapitalismus“ denkt vollkommen systemimmanent und aus einer betriebswirtschaftlichen Perspektive, er sieht nicht in einer Beschränkung der Kapitalverwertungslogik eine ökologisch-soziale Zukunft, sondern in deren Ausweitung: Die Welt ist alles, was sich in Preisen und damit in Knappheiten ausdrücken und bilanzieren lässt. Dabei sei zunächst eine Übergangsphase bis zum vollendeten „Kapitalismus lebender Systeme“ zu organisieren:

„Die Wirtschaft kann nicht als verlässlicher Führer dienen, solange wir das natürliche Kapital nicht in die Bilanzen von Unternehmen, Ländern und Welt einbeziehen. So wie die Dinge stehen, basiert das kapitalistische System auf Buchführungsprinzipien, die jeden Betrieb in den Bankrott treiben würden. Jeder Student der Betriebswirtschaft weiß, dass ein gesundes Unternehmen eine akkurate Bilanz braucht. Für eine Übergangszeit ist es wichtig, so zu handeln, als würden natürliches und menschliches Kapital schon angemessen bewertet. Wenn das natürliche Kapital nicht länger als kostenlos, unbegrenzt vorhanden und unwichtig behandelt wird, sondern als integraler und unentbehrlicher Teil des Produktionsprozesses, wird sich unser gesamtes Bilanzsystem verändern. Preise, Kosten und Wertkalkulation werden sich drastisch verändern“ (S.100).

Ähnlich wie der Marxismus kann auch der „Öko-Kapitalismus“, nimmt man ihn dann als politisches Konzept, als ein allumfassender Ökonomismus auf einer stark ideologischen Basis verstanden werden, wenn auch unter gänzlich veränderten Vorzeichen. Allerdings vertritt Ralf Fücks den hier skizzierten „Öko-Kapitalismus“, wenn er ihn auch als „alternativlos“¹ bezeichnet, nicht in Reinform und ist sich durchaus bewusst, dass es sich dabei um „ein eher optimistisches Szenario dessen, was möglich ist“ und um eine „offene Wette“² handeln könnte.

5. Die Grenzen der Kapitalisierung von Mensch, Kultur und Natur

„Ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte allen gehören und dass die Erde niemandem gehört!“³

Hawkins Konzept des „Öko-Kapitalismus“ hat zwei unübersehbare Stärken. Zum einen bietet es eine Fülle von Anregungen zur praktischen politischen Umsetzung von systemverträglichen Einzelmaßnahmen innerhalb der derzeitigen kapitalistischen Ordnung, etwa in Form von regionalen Klimabündnissen, Effizienzsteigerungen bei der Ressourcenproduktivität oder

¹ Ralf Fücks, **Den Turbo auf Grün schalten**, in: Politische Ökologie, 106-107, 2007.

² Ralf Fücks, **Die Zukunft des Kapitalismus. Zur Vereinbarkeit von Kapitalismus, Demokratie und Ökologie**, a. a. O.

³ Jean-Jacques Rousseau, **Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen**, Amsterdam 1755, zweiter Teil.

kommunalen Öko-Profit-Projekten. Zum anderen leugnet es stringent ein Außen des globalen Kapitalismus und propagiert so nicht dessen (revolutionäre) Überwindung sondern richtigerweise die Notwendigkeit einer (evolutionären) Transformation. In der Analyse ist der „Öko-Kapitalismus“ damit nicht sehr weit von der Peter Sloterdijks¹ vom „kapitalistischen Weltinnenraum“ oder von der globalisierungskritischen Theorie Michael Hardts und Antonio Negris² entfernt. Hawkens Schlussfolgerung allerdings, dass ein global und alternativlos gewordener Kapitalismus nur dadurch sozialer und ökologischer werden kann, indem er auf die ihm vorgelagerten natürlichen und kulturellen Reproduktionsprozesse ausgedehnt wird (Kapitalisierung von Mensch, Kultur und Natur), beruht auf gleich mehreren Denkfehlern.

In den Preisen, ganz gleich ob es sich um die Preise der Ware Arbeitskraft (Lohn), der Güter und Dienstleistungen oder des Geldes (Zins) handelt, sind allein Angebots-Nachfrage-Kurven, d.h. Quantitäten ausgedrückt, also über die Märkte vermittelte Knappheiten. Nun braucht aber unser Wirtschaften die ihm vorgelagerten natürlichen und kulturellen Reproduktionsprozesse als Überfluss, als ständigen Input von nicht in „Wirtschaftsrechnungen“ (W. Eucken) oder „Bilanzen“ (P. Hawken) darstellbaren Qualitäten.³ Anders ausgedrückt: Das eigentliche „Aussen“ des umfassend und global gewordenen Kapitalismus ist heute in seinem „Inneren“, in jenen natürlichen und kulturellen Reproduktionsprozessen, die er selbst nicht reproduzieren, sondern auf deren Basis er nur produzieren kann: Die Kapitalverwertungslogik ist immer eine *Verwertungslogik*. Drei Beispiele:

- **(WISSENSBASIERTE ÖKONOMIE)** „In der Wissensökonomie enthält alle Arbeit, in der verarbeitenden wie in der Dienstleistungsindustrie, eine wachsende Wissenskomponente. Das Wissen jedoch, von dem hier die Rede ist, besteht nicht aus dem in Fachschulen erlernbaren, formellen Fachwissen. Ganz im Gegenteil: Die Informatisierung hat die nicht substituierbaren, nicht formalisierbaren Wissensformen aufgewertet. Gefragt sind Erfahrungswissen, Urteilsvermögen, Koordinierungs-, Selbstorganisations- und Verständigungsfähigkeit, also Formen lebendigen Wissens, die im Alltagsverkehr erworben werden können, die zur Alltagskultur gehören.“⁴ Dieses Wissen und die damit verbundene immaterielle Arbeit, die heute „die neue Dominante in der Wertschöpfungskette“⁵ bildet, ist nicht zeitlich und örtlich isoliert am Arbeitsplatz erlernbar, sondern entsteht in kulturellen und sozialen Kommunikationszusammenhängen und Netzwerken. Die Tatsache, dass Wissen zur wichtigsten Produktivkraft geworden ist, wird uns bezüglich des *Produktionsproblems* (Wertschöpfung, Innovation) zunehmend damit konfrontieren, dass ein marktförmig, d.h. kapitalisiertes und damit quantitativ verknapptes Wissen immer auch ein qualitativ verknapptes Wissen ist.
- **(SOZIALE TEILHABE)** Gerade die Transformation hin zu einer wissensbasierten Ökonomie bedeutet bezüglich des *Verteilungsproblems*, dass die soziale Frage zunehmend immer weniger innerhalb des klassischen Paradigmas der industriegesellschaftlichen Normarbeit beantwortet werden kann. Denn „an die Stelle des bürgerlichen Eigentumsbegriffs, also der individuellen Aneignung der eigenen Arbeitsergebnisse, tritt heute der individuelle Anspruch

¹ Vgl.: Peter Sloterdijk, **Im Weltinnenraum des Kapitals. Für eine philosophische Theorie der Globalisierung**, Frankfurt/M, 2005.

² Vgl.: Michael Hardt / Antonio Negri, **Empire. Die neue Weltordnung**, Frankfurt/M 2002.

³ Ähnlich sieht dies Frieder Otto Wolf: „Die ÖkonomistInnen (...) werden erkennen müssen, das sich Zusammenhänge wie die zwischen Herrschafts- und Austauschverhältnissen oder die stofflichen Imperative, die dazu zwingen, bestimmte Naturzusammenhänge und –momente als ‚ökologische Allmende‘ der menschlichen (privaten) Aneignung zu entziehen, selbst einer rein ökonomischen Analyse entzieht, sofern diese sich jedenfalls allein auf die Tausch- und Ersetzungsmentalität des homo oeconomicus zurückbezieht.“ Frieder Otto Wolf, **In der großen Krise global handlungsfähig werden!**, in: Alain Lipietz, **Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie**, a. a. O., S. 149.

⁴ André Gorz, **Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie**, Zürich 2004, S. 9.

⁵ Vgl.: Carola Möller, **Immaterielle Arbeit - die neue Dominante in der Wertschöpfungskette**, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 235, 42. Jahrgang, Heft 2, 2000.

auf ‚Zugang zu‘ und ‚Teilhabe an‘ gesamtgesellschaftlichen Mehrwterergebnissen. Die soziale Frage zu beantworten, heißt heute den freien Zugang zu ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Netzwerken und individuelle Teilhabe am Reichtum der Gesamtgesellschaft zu sichern.“¹

• **(RESSOURCENVERBRAUCH)** Da wir das Eintreten des „ökologischen Schuldentages“² in jedem Jahr immer früher feststellen müssen, verlaufen derzeit die Rückkoppelungsprozesse zwischen natürlicher Reproduktion und ökonomischer Produktion negativ, auf eine Zerstörung unserer Naturgrundlagen hin. Das *Nachhaltigkeitsproblem*, das in weiten Teilen einem nach wie vor gültigen „Vorrang von Marktgesetzen vor den Naturgesetzen“³ geschuldet ist, kann aber nicht dadurch gelöst werden, dass wir in unseren Beschreibungsmodi für natürliche Vorgänge Naturgesetze durch Marktgesetze ersetzen: „Nicht Privat- oder Staatswirtschaft oder mehr Markt- statt Planwirtschaft sind die Alternative, sondern der Vorrang der Naturgesetze bei der Nutzung von Ressourcen vor Privat-, Markt-, Staats- und Planwirtschaft.“⁴ Tatsächlich ist der Gedanke der ökologischen Nachhaltigkeit im Denken der europäischen Aufklärung verwurzelt, das eine Angleichung der Gesellschaft an ihre natürlichen Grundlagen mittels der verstandesmäßigen Durchdringung von Naturgesetzen propagierte.⁵ Der Nachhaltigkeitsgrundsatz, der zu einer Herstellung positiver Rückkoppelungsprozesse anstatt der derzeitigen negativen führen muss, besagt nichts anderes, als dass es in der Ökonomie primär nicht um den „Reichtum der Nationen“ (Adam Smith), sondern um eine durchhaltbare Teilhabe am „Reichtum der Natur“ gehen muss.

Diese drei Beispiele zeigen, dass die Entwicklung einer Grünen Transformations- und Kreislaufwirtschaft also keineswegs von der Wirtschaftsform (Marktwirtschaft, Kapitalismus) und deren Ausweitung (W. Eucken, P. Hawken) abhängt, sondern vielmehr von der Formulierung einer **politischen Ökologie**, die zunächst die systemimmanenten Grenzen dieser Wirtschaftsform für die Lösung unserer drei Grundfragen und Zentralprobleme anerkennt. Dahingehend kann der Markt nur *ein* Instrument (und nicht das ganze Orchester) innerhalb einer politischen Ökologie sein, die das komplexe Verhältnis von natürlichen, sozialen und kulturellen Reproduktionsprozessen zu ökonomischen Produktionsprozessen im einzelnen auszuformulieren und in politische Handlungsoptionen zu übersetzen hat. Gerade an den oben genannten drei Beispielen wird deutlich, dass dabei die Frage des Schutzes und der Bewahrung dieser Reproduktionsprozesse ebenso in den Mittelpunkt rückt, wie die Frage nach nicht privatisier- und kapitalisierbaren *öffentlichen Gütern* (ökologische und soziale Allmende, Wissensallmende), die aber nur im Sinne einer politischen **Regulation** beantwortet werden können.

6. Perspektiven grüner Wirtschaftspolitik

„Man muß die ganze Erde, wie Ein Gut betrachten – und von ihr Ökonomie lernen.“⁶

DAS GRÜNE PROJEKT

Auf dem Weg zu einer explizit **politischen Ökologie**, die ideologische und ökonomistische

¹ Robert Zion, **Ja, uns gibt es tatsächlich**, in: Freitag, 05.10.2007, Nr. 40.

² Im Jahr 2007 wurde der „ökologische Schuldentag“, d.h. der Tag im Jahr, ab dem der globale Bedarf des Menschen an Ernährung, Konsum sowie Energie und seine Auswirkungen auf die Umwelt die jährlichen Fähigkeiten der Ökosysteme, Ressourcen zu erneuern und Abfälle aufzunehmen, übersteigt, bereits am 06. Oktober erreicht. Vgl.: **Ab jetzt lebt die Menschheit ökologisch „auf Pump“**, Greenpeace, 08.10.2007 – NPO, (http://www.scinexx.de/index.php?cmd=wissen_details&id=7203&datum=2007-10-08).

³ Hermann Scheer, **Solare Weltwirtschaft – Strategie für die ökologische Moderne**, a. a. O., S. 38.

⁴ Ebda., S. 38.

⁵ Vgl. vor allem: Denis Diderot, **Pensés sur l'interprétation de la nature**, Paris 1753.

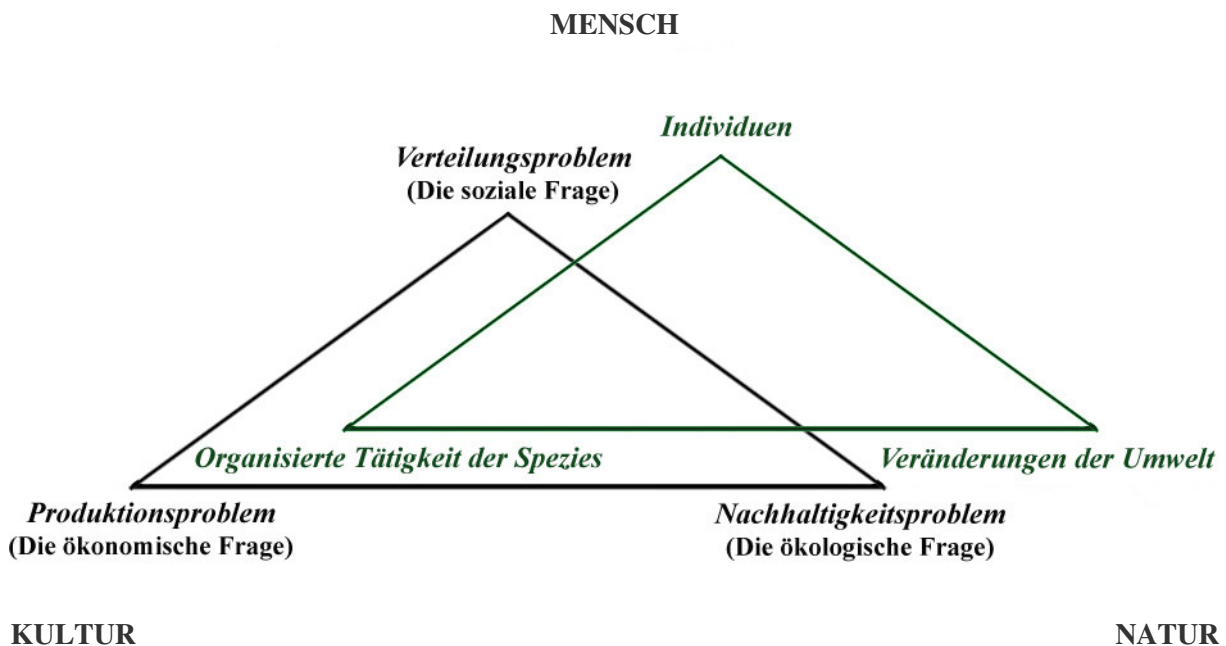
⁶ Novalis, **Fragmente und Studien**, Nr. 121, 1799-1800.

Vereinseitigungen vermeidet, sind die Grünen nach wie vor dazu aufgerufen, eine eigenständige Antwort auf die Lösung der drei Grundfragen (ökonomische, soziale, ökologische) im Zusammenhang zu geben. Gerade nach der Entscheidung der Grünen, sich aus der „revolutionaristischen Selbstisolierung“¹ zu befreien, hat sich die Partei mit der Ökologie als normativem Zentrum zu einem „radikaldemokratischen Zweckbündnis“² aus Linken, (Menschen- und Bürgerrechts-)Liberalen und (Wert-)Konservativen entwickelt. Jegliche Versuche, dieses „radikaldemokratische“ (besser: basisdemokratische) Zweckbündnis von einem Flügel her einseitig aufzukündigen, wird daher über kurz oder lang dazu führen, dass damit die Eigenständigkeit des „Grünen Projekts“ selbst in Frage gestellt wird.³

DAS ÖKOLOGISCHE DREIECK

Wie der eigenständige grüne *Neue Weg* in der Wirtschaftspolitik konkret aussehen könnte, hat Alain Lipietz⁴ anhand seiner politischen Ökologie darzulegen versucht, die zunächst das gegenseitige Wechselverhältnis von Mensch (Individuum), Kultur (organisierte Tätigkeit der Spezies) und Natur (Veränderungen der Umwelt) in einem „Dreieck der Ökologie“ (S.16f.) zum Ausdruck bringt, das wir sogleich auf unsere drei Grundfragen übertragen können:

Das ökologische Dreieck und die Grundfragen einer sozial-ökologischen Wirtschaftsform



Jede der drei Seiten des ökologischen Dreiecks drückt ein je spezifisches Wechselverhältnis aus, in dem sich unsere Zentralprobleme und Grundfragen konkret stellen und die von unterschiedlichsten Wissenschaften bearbeitet werden: MENSCH ↔ KULTUR: Geisteswissen-

¹ Vgl.: Frithjof Schmidt, **Die Metamorphosen der Revolution**, Frankfurt/M 1988.

² Frieder Otto Wolf, **In der großen Krise global handlungsfähig werden!**, a. a. O., S. 145.

³ In dieser Hinsicht sind durchaus Parallelen zwischen dementsprechenden Versuchen der ideologischen Vereinseitigung der Öko-SozialistInnen um Trampert/Ebermann in den 80er Jahren und Versuchen von heutigen RadikalmarktwirtschaftlerInnen und Öko-KapitalistInnen festzustellen.

⁴ Forschungsdirektor am CNRS in Paris, Wortführer der Wirtschaftskommission der Grünen und Regionalrat von „Ile-de-France“. Alle Zitate im Folgenden aus: Alain Lipietz, **Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie**, a. a. O.

schaften, Anthropologie, (klassische) Ökonomie etc.; KULTUR ↔ NATUR: Raumordnungswissenschaften, Humangeografie, Urbanistik etc.; MENSCH ↔ NATUR: Medizin, Epidemiologie, Agronomie etc. Dem gemäß fragt Lipietz: „Müssen ÖkologInnen also enzyklopädisch gebildete Geister sein? Selbstverständlich ist die Antwort: Ja“ (...), denn „nichts ist so gefährlich wie der Versuch, die Ökologie auf einen einzigen Aspekt des Dreiecks zu reduzieren“(S.18).

DIE PALETTE DER REGULATIONS-MÖGLICHKEITEN

Auch das basisdemokratische Zweckbündnis der Grünen konnte sich bisher stets erfolgreich solch einer Vereinseitigung verweigern. Gerade die unterschiedlichen Parteiströmungen haben so jeweils in unterschiedlicher Gewichtung und aus unterschiedlichen Motiven heraus alle drei Seiten des ökologischen Dreiecks thematisch besetzt, sei es nun aus Motiven des Bewahrens heraus wie bei den (Wert-)Konservativen (MENSCH ↔ NATUR), aus Motiven der Kritik und Veränderung der bestehenden ökonomischen und sozialen Verhältnisse wie bei den Linken (MENSCH ↔ KULTUR), oder aus naturrechtlich abgeleiteten emanzipatorischen Motiven wie bei den (Menschen- und Bürgerrechts-)Liberalen und FrauenrechtlerInnen (KULTUR ↔ NATUR). Als Programm-, Werte- und Konzeptpartei sind die Grünen daher nach wie vor dazu aufgerufen auch und gerade in der Wirtschaftspolitik alle drei politischen Grundströmungen – Konservative, Linke, Liberale – unter ihrer spezifischen ökologischen Fragestellung in ihre Programmatik einzubinden.

Die Palette der Regulationsmöglichkeiten, die den Grünen dabei zur Verfügung stehen, sind vielfältig, z.B.:

- **(REGLEMENTIERENDE INSTRUMENTE)**
 - **(DAS VERBOT)** z.B. Verbot der Kinderarbeit, der Produktion oder Einleitung von Giften, der Naturzerstörung etc.
 - **(DIE NORM)** z.B. Mindestlöhne, Frauenquoten, Verbrauchsobergrenzen bei PKWs, soziale und arbeitsrechtliche Standards, Mitbestimmung, Vorgaben für Wärmedämmung etc.
- **(ÖKONOMISCHE INSTRUMENTE)**
 - **(STEUERN)** z.B. Ökosteuern, Devisentransaktionssteuer, Steuern zur Redistribution der marktförmigen Primärverteilung und damit der Angleichung von Lebenschancen wie der progressiven Einkommensbesteuerung, Erbschafts- und Vermögenssteuern etc.
 - **(HANDELBARE LIZENZEN)** z.B. Emissionszertifikate etc.
 - **(SUBVENTIONEN)** z.B. etwa in Form von Anschubsubventionen: Erneuerbare-Energien-Gesetz, Biogas-Einspeise-Gesetz etc.
 - **(INVESTITIONEN)** z.B. in Gesundheit, Kultur, Bildung, Wissenschaft, in Umwelterhalt, ökologische Dienstleistungen etc.

Dies sind nur einige der Regulationsmöglichkeiten einer politischen Ökologie, hinter der auch in der Wirtschaftspolitik keine instrumentellen Vorstellungen („unsichtbare Hand des Marktes“, „Wachstum“) stehen, sondern immer die **Sinn-** und **Zielfrage**: Grüne Wirtschaftspolitik stellt Mensch, Kultur und Natur und deren Wechselverhältnis¹ in den Mittelpunkt. Ihr Ziel ist nicht die Veränderung abstrakter volkswirtschaftlicher Messgrößen wie der BIP-Wachstums-

¹ Gerade Reinhard Loske betonte mehrfach den immanenten Zusammenhang zwischen Wachstumskritik, wissensbasierter Ökonomie und sozialer Absicherung, etwa wenn er bezüglich des Grundeinkommens darauf hinwies, dass dieses „die Brücke sein (könnte), um übermäßigen Wachstumsdruck von der Gesellschaft zu nehmen“, in: Reinhard Loske, **Den Konsumismus überlisten**, in: taz, 27.02.07. Vgl. auch: Reinhard Loske, **Arbeiten ohne Zwang**, in: DIE ZEIT, 26.04.2007, Nr. 18.

raten, sondern der Erhalt unserer Lebensgrundlagen und die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen auf allen drei Seiten des ökologischen Dreiecks (MENSCH ↔ NATUR, MENSCH ↔ KULTUR, KULTUR ↔ NATUR).

7. Drei strategische Aspekte einer zielorientierten und zukunftsweisenden Grünen Wirtschaftspolitik

„Die allgemeine Erkenntnis, dass Wissen zur wichtigsten Produktivkraft geworden ist, hat einen Wandel in Gang gesetzt, der die Gültigkeit der ökonomischen Schlüsselkategorien untergräbt und auf die Notwendigkeit hinweist, eine andere Ökonomie zu gründen.“¹

WISSENSÖKONOMIE UND MARKT

Ein zentrales Merkmal von Wissen ist, dass es nicht weniger wird, wenn es gebraucht wird. Dies wird zum zentralen Merkmal für Wissensprodukte. Ein Betriebssystem z.B. ist kein Verbrauchsgut, es ist ein Konzept. Ob es eine Million mal verwendet wird oder 100 Millionen mal, spielt für die Herstellungskosten keine Rolle. Es wird durch intensiven Gebrauch eher mehr, z.B. als Weltstandard. Entsprechendes gilt z.B. für die Herstellung eines Medikamentes, die Rezeptur ist das Entscheidende, die Kosten der Produktion der Tablette sind verschwindend. Damit unterscheidet sich die Ökonomie von Wissensgütern erheblich von der bekannten industriegesellschaftlichen Fertigung, in der die „Economies of Scale“, der Kampf um Kostenvorteile durch Steigerung der Massenfertigung eine zentrale Rolle spielte und dabei Wettbewerb und Marktstrukturen bestimmte.

Die Unternehmen, die mit ihren Wissensprodukten unsere heutigen, noch immer industriegesellschaftlichen Märkte betreten, werden daher vor die Schwierigkeit gestellt, die Tatsache der beliebigen Reproduzierbarkeit irgendwie zurückzunehmen, kontrollierbar zu machen.²

Die herkömmliche Marktstruktur ist auf industriegesellschaftliche Verbrauchsgüter ausgerichtet, aber mit den heutigen Wissensprodukten im Kern nicht kompatibel. Es entsteht eine sich immer weiter öffnende Schere zwischen vordringender wissenschaftlicher Produktion und industriegesellschaftlicher Marktform. Der Zwang, unter heutigen Bedingungen Gewinne generieren zu müssen, führt dazu, diese Produkte quasi als Simulationen von Verbrauchsgütern in den Markt zu bringen. Die Simulation als Verbrauchsgut ist nicht zukunftsfähig, im Gegenteil, im Extrem kann sie sogar sehr gefährlich sein.³

Es ist deutlich, dass dieses ökonomische Konzept im engeren Sinne nicht eine Folge von z.B. Gentechnik an sich ist, sondern es ist die Simulation eines Verbrauchsgutes, um Jahr für Jahr Rückflüsse zu erzielen entsprechend der traditionellen Marktstruktur, die die Ursache dieser hochgewalttätigen Strategie bildet.

¹ André Gorz, **Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie**, a. a. O., S. 9.

² Microsoft z. B. will verhindern, dass seine Betriebssysteme kopiert werden, es versucht daher mit technischen und rechtlichen Mitteln das Kopieren unmöglich zu machen, es versucht die Kontrolle über die Rechner seiner Kunden zu gewinnen.

³ Der Agro-Gentechnik-Konzern Monsanto macht z.B. Böden technologisch unfruchtbar, damit seine Kunden, die Bauern, jedes Jahr Gensaatgut als Schalt-Substanz kaufen müssen, die temporär jeweils eine gentechnikgestützte Ernte möglich machen.

Es wäre jedoch ein Irrtum zu glauben, dass die beschriebene Tendenz nur für reine Wissensprodukte oder öffentliche Güter bzw. „Commons“ gelte. Auch beim normalen Gebrauchsgut, etwa einem Hühnerei, ist heute entscheidend, durch welches Konzept man zu einem gesunden Hühnerei kommt; der Wertanteil von Dotter, Eiweiß und Kalk ist dagegen eher gering. *Der Anteil des Wissens an der gesamten Wertschöpfung beträgt heute bereits etwa 70 Prozent. Alle Waren verwandeln sich latent in Wissensprodukte.* Wissen ist beliebig verfügbar, wird nicht weniger. Überfluss ist in der tradierten Markttheorie jedoch nicht vorgesehen. Dort besteht die wesentliche Funktion des Marktes in der „optimalen Allokation“; er soll dafür sorgen, dass ein „knappes“ Gut dorthin gelenkt wird, wo es den größten Nutzen stiftet. Die klassische Markttheorie funktioniert daher nur unter dem „kalten Stern der Knappheit“: ohne Knappheit keine Allokationsfunktion.

Damit geraten zwei Tendenzen in den Blick: zwar findet auf der einen Seite bei den Ressourcen eine zunehmende Knappheit statt. Auf der anderen Seite aber vollzieht sich mit dem Übergang in wissensgesellschaftliche Produktion **eine strategische Aufhebung von Knappheit beim zentralen Produktionsfaktor Wissen**, der die alte Marktstruktur aushebelt. Der Widerspruch zwischen dem neuen Charakter der Produktion und der aus der Industriegesellschaft fortgesetzten Marktstruktur führt im Augenblick weltweit zu einem Grundkonflikt: Um den Vergesellschaftungsmechanismus Markt zu retten bzw. weiter nutzen zu können, sollen überall künstliche Knappheiten durch Vergabe von Eigentumsrechten, Patenten etc. auf breiter Front eingeführt werden. Nicht nur die materiellen Produkte, sondern auch jede immaterielle Dimension des Lebens soll mit Patenten „eingehegt“ werden, selbst Pflanzen werden inzwischen patentiert.

Diese reaktionäre Strategie verfestigt wissensbehindernde Strukturen und ist für uns daher nicht vereinbar mit einer grünen Transformations- und Kreislaufwirtschaft (politischen Ökologie).

ÖFFENTLICHE GÜTER

Die Transformation in eine Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft verlagert den Schwerpunkt der Ökonomie. Die explosionsartige Steigerung der Produktivkräfte führt in den traditionellen Branchen zu Arbeitsplatzabbau, zu Massenarbeitslosigkeit. Langfristig können die Potenziale dieser vielen Menschen nur in den neuen, sich entwickelnden Sektoren genutzt werden. Gleichzeitig versagen alte gesellschaftliche Institutionen, die sozialen Kohärenzen, die die alte Industriegesellschaft erzeugte, erodieren, Familie, Schule, Dorfgemeinschaft sind den neuen Anforderungen oft nicht gewachsen. Dies lässt deutlich werden, dass „das Soziale“ nicht einfach da ist, sondern die Gesellschaft muss sich wieder darauf besinnen, **dass das Soziale von uns politisch hergestellt werden muss**, also auch entsprechend umfangreiche Ressourcen in diesen Bereich fließen müssen. Aber auch bei den Anforderungen an Arbeit hat sich Grundlegendes geändert, wer den Menschen und seine Fähigkeiten nicht zu einem Anhängsel der Maschine, sondern gerade zur Basis der Wertschöpfung machen will, der muss **in Menschen und ihre Fähigkeiten investieren**.

Aus all diesen Gründen ist klar, dass unsere Gesellschaft in die „Humansektoren“ Gesundheit, Kultur, Bildung, Wissenschaft und - für uns selbstverständlich - in Umwelterhalt und ökologische Dienstleistungen investieren muss.

Damit werden erhebliche Verschiebungen in der Struktur der Ökonomie einhergehen. In der alten Industriegesellschaft waren der wertschöpfende Kern die Verbrauchsgüter produzierenden Industrien, die angesprochenen Sektoren Gesundheit, Kultur, Wissenschaft etc. wurden durch steuerliche Umfinanzierung am Leben erhalten.

Warum aber soll weiterhin die autobasierte Mobilität den Kern unserer Wertschöpfung ausmachen? Warum soll Gesundheit davon abgeleitet als Reparaturbetrieb der Arbeitskraft fungieren? Warum soll nicht „Längeres und besseres Leben“ den produktiven Kern unserer Ökonomie bilden?¹

Die **systematische Entfaltung von Bildung, Gesundheit, Kultur, Wissenschaft und Umwelt** stellt sehr komplexe Anforderungen. Eines ist aber klar: Die Vorstellung einer schlichten Verwandlung dieser Bereiche in traditionelle „Märkte“ ist absurd.² Gesundheit entsteht nicht, indem es als Verbrauchsgut in Form von ganz viel Pillen an den Mann und an die Frau gebracht wird. Nichtraucherschutz ist kein Produkt, sondern ein Konzept. Die Akteure im wachsenden Gesundheitsbereich sind oft nicht einzelne Nachfrager, sondern gesellschaftliche Gruppen, Krankenkassen, Verbände etc. Analoges gilt für Bildung, für Kultur, für Wissenschaft, für Umweltschutz. Wenn es aber nicht darum gehen kann, einfach Bildungsmärkte, Wissenschaftsmärkte und Umweltschutzmärkte zu schaffen, andererseits aber klar ist, dass diese Bereiche sich entwickeln sollen, aus ihrem Dornröschendasein der industriegesellschaftlichen Phase erlöst werden sollen, dann müssen wir in diesen Bereichen für **neue ökonomische Wege jenseits traditioneller Marktstrukturen** offen sein.

KÜNSTLICHE, GESTEUERTE BZW. „DOPPELTE“ MÄRKTE

Ein Modell für eine Stärkung staatlicher Verpflichtung und Verantwortung kombiniert mit stärkerem Wettbewerb, das evtl. für eine Anwendung bei öffentlichen Gütern diskussionswürdig ist, ist bereits seit langem in der Debatte und findet im Bereich der Daseinsvorsorge in mehreren Feldern Anwendung. Es ist **die Übertragung der Headquarter-Intramarkt-Struktur moderner Unternehmen auf das Politische**. Der Staat stellt die Funktion des „Headquarters“ dar, er behält die rechtliche und materielle Verpflichtung zur Sicherstellung bestimmter Leistungen. Er zerlegt aber die Gesamtaufgabe in ausschreibungsfähige Teile, so dass ein kostensenkender Anbieterwettbewerb beim Bewerb um die zu erbringenden Leistungen stattfindet.³

Denn es ist klar, dass z. B. **die ökologisch notwendige Umstellung auf erneuerbare Energien** massiv die Anforderungen an die Netzstrukturen erhöht. Denn z.B. Sonne und Windenergie sind wesentlich diskontinuierlicher verfügbar, jedes Energie erzeugende Haus produziert zeitweise Überschüsse, es gilt also, **eine Vielzahl dezentraler AkteurInnen auf flexible Weise zu vernetzen**. Für solche technologischen Umwälzungen wird eine ganze Lawine von Innovationen, ein breiter Kranz von neuen AkteurInnen in Produktion, Netzbetrieb und Vertrieb benötigt.⁴

Gerade für Zukunftsbereiche wie der öffentlichen Güter brauchen wir ökonomische Modelle,

¹ In seiner nach wie vor sehr wichtigen Studie „Die Ökofalle“ hat Christoph Spehr dann auch den Zusammenhang von fordistischer Lohnarbeit, Warenmarkt und Wachstumszwang, der über das Machtarrangement eines Bündnisses zwischen Kapital und männlicher (Lohn-)Arbeit zu Lasten der Natur, der Frauen und der Entwicklungsländer hergestellt wird, kritisiert: „Was sie propagieren ist ein reformierter Öko-Kapitalismus, der vor allem das nationalchauvinistische Interesse der Industrieländer bedient.“ Vgl.: Christoph Spehr, **Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise**, Wien, 1996, S. 10f.

² Auch der Wirtschaftsnobelpreis-Träger Eric Maskin hat davor gewarnt, die Gesundheitsversorgung und den Umweltschutz den Kräften des Marktes zu überlassen: „Der Markt arbeitet nicht besonders gut, wenn es um öffentliche Güter geht“, **Maskin warnt vor zu viel Markt**, n-tv.de, 16.10.07 (<http://www.n-tv.de/866252.html>).

³ Ein Beispiel dafür ist die grüne Position zur Ausgestaltung der Bahn. Aber auch der Vorschlag der europäischen Kommission zum „Unbundling“ der großen Stromkonzerne folgt dieser Linie und verdient Beachtung.

⁴ So kann nur mit einer strukturellen Neuaufstellung der Stromwirtschaft, die radikal auch eine eigentumsrechtliche Entflechtung der großen Stromkonzerne beinhaltet, ein Erreichen der Klimaziele gelingen.

bei denen nicht die Quantitätssteuerung, d.h. die Reduktion von Komplexität in Preisbildungsprozessen zentral ist, sondern die der Komplexität durch **Qualitätssteuerung** gerecht werden und die in Netzwerkstrukturen mit informatorischer Transparenz arbeiten. Es kann also nicht zentral um Kostenminimierung gehen, sondern die **Zielerreichung** muss ganz vorne stehen. Drei Beispiele:

- Die **Neuordnung der Erdölförderung in Bolivien** wurde hierzulande zu unrecht als Re-Verstaatlichung wahrgenommen. Tatsächlich fand das angesprochene Modell Anwendung, die Erdölfördernden Konzerne wurden keineswegs aus dem Lande gejagt, sondern es wurde eine neue Struktur zwischen dem Staat und den Förderfirmen etabliert, in dem die Förderfirmen sich als Betreiber in einem ausgeschriebenen Wettbewerb befinden, der Staat aber die Gesamtrechte hält und damit der Gesamtverantwortung auch gerecht werden kann. Dass dies mit einer kräftigen Einnahmeverbesserung der öffentlichen Hand Boliviens verbunden ist, versteht sich von selbst.
- Ein weiteres Beispiel ist die **Neuordnung von Forschung und der Patentlandschaft** am Beispiel von Gesetzesinitiativen in den USA. Über das Instrument von Patenten wird in der Industriegesellschaft versucht, einen Bereich, der sich eigentlich der durchgängigen Form der Eigentumsrechte entzieht, nämlich Wissen, welches frei sein soll, doch an die ökonomischen vorherrschenden Formen anzukoppeln, indem temporäre Verwertungsrechte festgelegt werden. Im Übergang zur Wissensgesellschaft explodieren aber Forschung und Wissen geradezu, die bisherige Form der Patente erweist sich als unterkomplex. Warum sollte eine z.B. Gruppe, die das menschliche Genom entschlüsselt, in besonderer Weise befähigt sein, die Verwertung dieses Wissens zu dirigieren? Eine erste Antwort auf diese Problematik bietet auch hier die Struktur: der Staat beauftragt, die Teams forschen, die erarbeiteten Ergebnisse werden aber nicht privatisiert, sondern fallen der öffentlichen Hand zu, die dann entscheidet, welche Verwertungen sinnvoll (evtl. auch ethisch angemessen) sind und welche nicht. Die Gesellschaft, die ja große Anstrengungen und Mittel für Forschung aufbringt, nimmt hier auch qualitativ Einfluß auf den gesamten Forschungspfad.
- Als letztes sei der Vorschlag angesprochen, auch in der **internationalen Entwicklungshilfe** das Modell anzuwenden. Hier haben wir es zu tun mit einer Unzahl von parallelen nationalen und übernationalen Institutionen, die alle zwar sinnvolle Dinge tun, deren Koordination aber aufwändig, nur unvollkommen bis gar nicht gelingt, so dass Regierungen mancher schwacher Staaten schon allein mit der Koordination der Hilfsprogramme überfordert sind. Deshalb wird darüber nachgedacht, ob nicht hier gebündelt werden kann. Headquarter wäre entweder die UN-Ebene oder auch die EU oder nationale Ministerien.

Grundsätzlich stellen Grüne die Forderung, die Preise müssten „die ökologische Wahrheit sagen“. Allerdings müssen Preise auch die soziale Wahrheit sagen.¹ Im Preisbildungsprozess werden die lebendigen Verhältnisse, die qualitativen Momente des Produktions- und Lebensprozesses zu einem einfachen Eintrag auf einer quantitativen Skala reduziert. Dies kann dazu führen, dass unterschiedliche Zielsetzungen plötzlich zu gegenläufigen Preistendenzen führen, aus ökologischen Gründen soll etwas teuer sein, aus sozialen Gründen (Zugang) dagegen billig. Statt mit einer qualitativen Strategie diese Ziele anzusteuern, führt die Anwendung der klassischen Marktstruktur in eine end-of-the-pipe-Strategie, die äußerst problematisch ist. Die wünschenswerten Zielsetzungen etwa von a) Umwelterhalt und b) Mobilität enden dann darin, dass nur Reiche Autofahren können.

¹ Welche „Wahrheit“ also sagt eigentlich der „Preis“ nach der öko-kapitalistischen Theorie der marktförmigen Einpreisung ökologischer Kosten genau aus, wenn z. B. „der ‚reale Preis‘ für einen Hamburger, der alle diese Kosten enthält, bei etwa 300 Mark liegen müsste“? In: Christoph Spehr, **Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise**, a. a. O., S. 97.

Deshalb geht die Tendenz dahin, sich gerade nicht auf die Einfachheit des Preismechanismus zu verlassen. Die Reduktion der Komplexität, die er leistet, ist heute vielfach ja gar nicht nötig. Informationen können qualitativ verarbeitet werden, sie müssen nicht in eine einzige quantitative Größe, den Preis, umgeformt werden. Das hier angeführte Modell ist nur ein Beispiel von vielen dafür. Die qualitative Zielsetzung durch den Staat wird vom Anbieterwettbewerb entkoppelt. Die Funktion, die der Wettbewerb innehat, beschränkt sich auf die Quantifizierung bestimmter Größen, steuert aber nicht mehr die Zielsetzung.

Es gilt, nicht Kategorien der alten Trennung von Staat und Privat zu denken, vielmehr brauchen die neuen ökonomischen Formen, die sich in den Sektoren der früheren Gemeinschaftsgüter oder öffentlichen Güter herausbilden, beides: **mehr Staat und einen anderen Markt.**

GRÜNE MARKTWIRTSCHAFT? ÖKO-KAPITALISMUS!

Ein Positions- und Diskussionspapier

(Herbst 2007)

ErstunterzeichnerInnen: Robert Zion (Kreisvorstand KV Gelsenkirchen), Dietmar Lingemann (KV Friedrichshain-Kreuzberg, Sprecher LAG Wirtschaft, Berlin), Simon Lissner (Kreisvorstand KV Limburg-Weilburg), Richard Janus (Vorstand RV Wartburgkreis/Stadt Eisenach), Peter Alberts (Kreisvorstand KV Münster), Katharina Spiel (KV Weimar), Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Köln, Bundesvorstand Grüne Jugend), Vasco Schultz (Kreisvorsitzender KV GAL Hamburg-Wandsbek), Stefanie Dolling (KV Weimarer Land), Harald Eufinger (Kreisvorstand KV Mark), Bärbel Keiderling (KV Mark), Matthias Schneider (KV Duisburg), Ruth Birkle (KV Karlsruhe-Land), René Oehler (KV Köln), Wolfgang Küppers (Vorstandssprecher KV Gelsenkirchen), Maik Babenhauserheide (KV Herford), Rüdiger Brandt (KV Friedrichshain-Kreuzberg, Bezirksverordneter), Irene Mihalic (Kreisvorstand KV Gelsenkirchen), Dennis Melerski (Kreisvorstand KV Gelsenkirchen), Thomas Reimeier (KV Lippe, Sprecher OV Oerlinghausen), Karlheinz Lutz (KV Essen), Daniel Elfendahl (KV Bochum), Dennis Bartel (KV Gelsenkirchen), Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau), Paul Humann (Kreisvorstand KV Gelsenkirchen), Delf Schnappauf (KV Schwalm-Eder), Barbara Richter (Vorstandssprecherin KV Hagen).

UnterstützerInnen: Bärbel Maxisch (Vorstandssprecherin KV Kassel-Land, Fraktionsvorsitzende), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Karsten Finke (Kreisvorstand KV Bochum), Alexander Rodis (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Harald Wolfert (Vorstandssprecher KV Rhein-Berg), Roman Kollar (KV Coburg-Stadt), Michael Körner (Vorstandsvorsitzender KV Ettlingen), Klaas Ansmann (KV Ammerland), Markus Mezger (KV Hochtaunus), Matthias Dudde (KV Dortmund), Katy Weber (KV Schwalm-Eder), Jochen Nadolski-Voigt (KV Unna), Rüdiger Bender (Kreisvorstand KV Erfurt), Arfst Wagner (KV Dithmarschen), Achim Joest (KV Bonn), Klemens Griesehop (KV Pankow), Tomas Oschmann (KV Kiel), Steffen Paul (KV Gelsenkirchen), Eckard Köppel (KV Aachen-Stadt), Martina Knappert-Hiese (KV Bodenseekreis), Adrian Mork (KV Unna, Vorstand Grüne Westfalen).